

Frauenhandel gibt's nicht nur im Rotlichtviertel

| THEMA DER WOCHE | Kieler Fachstelle „contra“ hilft ausgebeuteten Frauen. Nicht nur Prostituierte betroffen

KIEL – Es ist ein Kampf gegen Windmühlen, den die Kieler Beratungsstelle „contra“ seit zehn Jahren gegen den Frauenhandel in Schleswig-Holstein führt. Während Claudia Franke und Jozefa Paulsen zu nächst hauptsächlich h ausgebeutete Prostituierte begleitet haben, rücken nun auch zunehmend Aupairs, Landarbeiterinnen und Pflegekräfte in ihr Blickfeld.

– **nez: Frau Franke, „contra“ versteht sich als „Fachstelle gegen Frauenhandel“.** Heißt das, dass Ihr Hauptgegner die Prostitution ist?

Franke: Ganz und gar nicht. Wir wenden uns nicht gegen Prostitution und schon gar nicht gegen Prostituierte. Den Umgang mit Prostitution muss jeder für sich selbst bewerten. Wir kämpfen gegen die Ausbeutung von Prostituierten, gegen Zwang und Abhängigkeiten. Und das nicht nur im Umfeld von Prostitution.

– **Und Prostitution als solche geht in Ordnung?**

Franke: Wir wollen das nicht kriminalisieren und schon gar niemanden verurteilen, der darin arbeitet. Es gibt Frauen, die finden es in Ordnung, als Prostituierte zu arbeiten. Wir helfen denen, die es gegen ihren Willen machen oder an denen sich andere bereichern.

– **Also an verschleppte oder eingesperrte?**

Paulsen: Diese Vorstellung ist weit verbreitet, entspricht aber nicht ganz der Realität. Oft ist es eine subtile Form von Gewalt, mit der Zwang auf Frauen ausgeübt wird. Etwa dadurch, dass sie in Schuldenfallen gelockt werden, es gibt aber auch körperliche Gewalt und massi-

ven psychischen Druck. Insgesamt ist es schwer auszumachen, wie hoch der Anteil der Prostituierten ist, auf die Druck ausgeübt wird. Es gibt da keinen genauen Überblick.

– **Auch nicht darüber, wo das geschieht?**

Paulsen: Nein, aus den Fällen, die wir kennen, lässt sich aber ganz klar ablesen, dass es Frauenhandel nicht nur in den großen Städten gibt, sondern in allen Bereichen von Schleswig-Holstein. Wir haben auch Opfer, die von den Inseln kommen oder aus ländlichen Bereichen. Es gibt Betroffene in großen Bordellen ebenso wie in Clubs oder Modellwohnungen.

– **Und wie gelingt es Ihnen da, Kontakt aufzunehmen.**

Paulsen: In der Regel nehmen nicht wir den Kontakt auf, sondern die betroffenen Frauen wenden sich selbst oder mit der Unterstützung Dritter an uns: etwa durch Frauen- und Migrationsberatungsstellen, Behörden, aber auch Einzelpersonen wie Angehörige oder Freier. Das ist in rund 80 Prozent der Fälle so. Wir haben leider keine Kapazitäten, um Frauen in der Prostitution direkt zu kontaktieren. Deshalb haben wir ein breites Netzwerk angelegt von Stellen und Behörden, die die Frauen an uns weitervermitteln. Außerdem informieren wir mit mehrsprachigen Falblättern und Informationen, jetzt auch im Internet.

– **Und das funktioniert?**

Franke: Es hat in den vergangenen Jahren gut funktioniert, ist aber ergänzungsbedürftig. Und so versuchen wir derzeit zusätzlich Infos in „Kleinstnetzwerke“ zu streuen. Etwa, indem wir an die Ärztinnen



Jozefa Paulsen und Claudia Franke von der Beratungsstelle „contra“ mit Bischöfin Maria Jepsen (von links). Foto: Simone Viere

und Rechtsanwältinnen vor Ort herantreten. Das ist mühsam und überhaupt erst durch unseren Förderverein möglich geworden.

– **Das heißt, die meiste Zeit ihrer Arbeit verwenden Sie auf Ihr Netzwerk und gar nicht in der Beratung?**

Franke: Nein. Die konkrete Beratung und Begleitung der Frauen nimmt etwa 60 Prozent unserer Arbeit in Anspruch. Aber ohne das Netzwerk wäre eine Beratung gar nicht möglich. Die ist nämlich ziemlich zeitaufwändig und braucht die Zusammenarbeit mit vielen Stellen. Wir belassen es ja nicht bei einem einmaligen Beratungsgespräch, sondern das sind ganze Prozesse. Wir begleiten die Frauen bei Behördengängen, stellen Zukunftspläne auf und sind im besten Fall bis zur Ausreise für sie da.

– **Die meisten Opfer kommen demnach aus dem Ausland?**

Franke: Wir haben einen sehr hohen Anteil von Opfern aus den neuen EU-Ländern. Dabei

gibt es eine besondere Schwierigkeit, denn im strafrechtlichen Sinn, sind diese Frauen nur sehr selten von Menschenhandel betroffen, da bei Ihnen dem Gesetz nach die „auslandsspezifische Hilflosigkeit“ nicht gegeben ist. In der Praxis ist das jedoch ganz anders. Eine Litauerin kennt sich schließlich nicht deshalb schon im deutschen Behördenwesen aus, weil sie EU-Bürgerin ist.

– **Sie erwähnten, dass Prostitution nicht das einzige Feld ist, in dem es Frauenhandel gibt.**

Franke: Frauenhandel findet nach unserem Verständnis überall dort statt, wo Frauen in Notlagen oder Zwangssituationen ausgebeutet werden. Das geschieht natürlich nicht nur in Zusammenhang mit Prostitution, sondern auch beim Heiratshandel und zunehmend auch bei der Ausbeutung von Arbeitskraft. Letzteres ist seit 2005 stärker in den Blick geraten, weil das erst seitdem den Straftatbestand des Menschenhandels erfüllt. Bis dahin fand

Menschenhandel im strafrechtlichen Sinn nur dort statt, wo gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht verstossen wurde. Seit 2005 gilt auch die Ausbeutung der Arbeitskraft als Verstoß gegen das Recht auf die persönliche Freiheit.

– **Welche konkreten Fälle haben Sie da vor Augen?**

Paulsen: Wir haben etwa einem Aupair geholfen, die für ihre Gastgeber fast rund um die Uhr arbeiten musste. Anders als vereinbart aber nicht nur in der Kinderbetreuung, sondern auch noch im landwirtschaftlichen Einsatz. Und das für 200 Euro im Monat. Das ist Ausbeutung und eine bewusst herbeigeführte Zwangslage. Ähnliche Fälle gibt es im Niedriglohnssektor, in der Pflege oder in der Gastronomie. Erst neulich haben ja rund 1500 Beamte eine Razzia in 43 China-Restaurants durchgeführt. All das kommt erst langsam in den Blick der Öffentlichkeit und wird auch erst jetzt überhaupt in dieser Weise verfolgt.

– **Da kommt also noch viel Arbeit auf Sie zu.**

Franke: Auf jeden Fall. Bei unserer Gründung vor zehn Jahren lag das Augenmerk eindeutig auf Frauenhandel im Bereich der Prostitution und hierauf legen wir auch weiter unseren Fokus. Aber wir beraten in Einzelfällen natürlich auch Frauen, die von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung betroffen sind. Die Beratung braucht aber umfassendere Strukturen, neue Netzwerke und mehr Arbeitskapazität als unsere 1,5 Stellen.

(Interview: Carsten Splitt)
– **„contra“ ab 18.10. im Internet unter contra-sh.de**